

Regierung prüft «Etikettenschwindel»

Bus-Abos Drei DU-Abgeordnete haben ein Postulat zur «Familienunterstützung» eingereicht. Obwohl sich die Abgeordneten von diesem Titel in die Irre geführt fühlten, wollte sich die Mehrheit einer Überprüfung des Vorstosses dann doch nicht verschliessen.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Welche Auswirkungen hätte es, wenn der Staat die LIEmobil-Abos für Schüler über 6 Jahre, Lehrlinge und Jugendliche in Ausbildung bis zum 25. Altersjahr wieder übernimmt? Welche Kosten würde dies generieren? Würde ein Einnahmefehl für die LIEmobil daraus resultieren? Und wäre die Finanzierung der Abos aus der Familienausgleichskasse (FAK) EWR-rechtlich zulässig? Diese Fragen wollen die DU-Abgeordneten Herbert Elchuch, Erich Hasler und Thomas Rehak von der Regierung geklärt haben und reichten ein Postulat ein. Obwohl der parlamentarische Vorstoss im Landtag auf herbe Kritik stiess und gar als «Etikettenschwindel» bezeichnet wurde, stimmten am Ende 16 Abgeordnete einer Überweisung zu. Weniger im Glauben daran, dass es sich um eine wirkliche nachhaltige Familienförderung handelt, sondern weil generell nichts gegen eine reine Prüfung der Fragen spricht.

Finanzierung sinnvoll und nachhaltig?

Es war der Landtag selbst, der sich im Rahmen der Sparpakete des Landes dafür stark gemacht hatte, dass die Gültigkeit der Schülerabos auf den Transport der Schüler während der Schulzeiten beschränkt wird. Und je nachdem, wie die Beantwortung der Fragen durch die Regierung ausfällt,



Kann nur Ja zu einer Unterstützung durch den Staat sagen, wenn die Regierung darlegen kann, dass ein entsprechendes Grundbedürfnis besteht und eine Finanzierung sinnvoll und nachhaltig wäre: Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz. Bild: Daniel Schwendener

könnte es sein, dass er dies bald wieder rückgängig macht.

Viele Abgeordnete taten sich allerdings schwer mit dem Vorstoss der DU-Abgeordneten. Natürlich sei der Gedanke, Familien mit Kindern und Jugendlichen in Ausbildung zu entlasten, sicher überlegenswert, so etwa Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz. Allerdings sei ihr eine nachhaltige Förderung bzw. Verbesserung der Situation der Familien sehr wichtig. Bei der Über-

nahme der Differenz vom Schülerabo zum Jahresabo sehe sie diese aber nicht wirklich gegeben. «Mein Problem bei dieser Subventionierung ist, dass nicht wirklich geprüft werden kann, ob die Finanzierung auch zielführend ist.» Familien könnten den Bedarf eines Jahresabos auch prophylaktisch anmelden, was nicht bedeute, dass dieses dann letztlich auch genutzt werde. Der Staat würde damit eine Familienförderung unterstützen, die ins Leere schöp-

fe. «Bei einer Postulatsbeantwortung müsste mir dargelegt werden, ob ein entsprechendes Grundbedürfnis grundlegend besteht und somit eine Finanzierung auch wirklich sinnvoll und nachhaltig wäre.»

Höhere Geburtenrate dank Voll-Abos?

Scharfe Kritik übten vor allem Abgeordnete der Freien Liste, allen voran Thomas Lageder. Er rechnete vor, dass – je nach Unterstüt-

zung der Gemeinde – im Höchstfall für 22 Rappen pro Tag bei einem zusätzlichen Betrag von 80 Franken pro Jahr ein Upgrade für das ganze Liniennetz zu allen Zeiten erstanden werden könne. Bei diesen Beiträgen von Familienförderung zu sprechen, sei ein Hohn. Und eine abermalige Subvention von «Voll-Abos» würde, wenn überhaupt, nur eine sehr, sehr geringe Entlastung von Familien darstellen. Es sei ein Etikettenschwindel. «Den Vogel vollends abge-

schossen haben Sie, wenn Sie in Ihrem Postulat das Wort Geburtenrate im Zusammenhang mit einer zusätzlichen Subvention von 11 bis 22 Rappen am Tag in den Mund nehmen. Mit Verlaub, das ist einfach lächerlich. Vielleicht hätten Sie den Menschen aber auch noch sagen sollen, wer denn die politische Mitverantwortung dafür trägt, dass die Finanzierung der Sozialversicherungen, der Renten und Pflegeleistungen in den letzten Jahren eben für genau diese Personen, die Sie nun so grosszügig mit 11 bis 22 Rappen am Tag fördern wollen, angestiegen ist», ärgerte sich Lageder darüber, dass die DU-Abgeordneten bei dem in seinen Augen bitteren Sozialabbau mitgeholfen habe. Mit diesem Postulat werde ein technischer Apparat mit Maxi Puch deklariert – in Wirklichkeit sei es aber eine «Zahnseidenreinigungsmaschine».

Auch der VU-Abgeordnete Mario Wohlwend wagt zu bezweifeln, dass das Postulat das «Wunderpulver» ist, welches die Benutzung des öffentlichen Verkehrs fördert, sich positiv auf die Anzahl Fachkräfte oder gar auf die Geburtenrate auswirkt. Weil er trotzdem in Erfahrung bringen möchte, in welchem Rahmen sich die Minderbelastung bewegt, sprach er sich für eine Überweisung des Postulats aus. So wie er wollten sich auch 15 weitere Abgeordnete zumindest einer Überprüfung nicht verschliessen und das weitere Vorgehen von der Beantwortung des Postulats durch die Regierung abhängig machen.